

Digitale Tagung

Eine Kooperation der Heinrich-Böll-Stiftung mit
Deutscher Menschenrechtskoordination Mexiko,
Evangelische Akademie Bad Boll

Menschenrechte in Mexiko

Eine Halbzeitbilanz der Regierung López Obrador

Donnerstag, 31. März 2022, 17.00–20.30 Uhr / Freitag, 01. April 2022, 16.30–20.45 Uhr



Mit: Dr. Ximena Alba, Freie Universität Berlin | Ana Lorena Delgadillo, Fundación para la Justicia (FJEDD), Mexiko | Sarah Guhr, Germanwatch | Dr. Rainer Huhle, ehemaliges Mitglied des UN-Ausschusses über Gewalttames Verschwindenlassen | Alejandra Méndez, Centro de Derechos Humanos Fray Julián Garcés, Mexiko | Edith Olivares Ferreto, Amnesty International Mexiko | Yésica Sánchez Maya, Consorcio para el Diálogo Parlamentario y la Equidad Oaxaca, Mexiko | Claudia Schmecht, IG Metall | Frank Schwabe, MdB, angefragt | Dr. Luis Daniel Vázquez Valencia, Rechtswissenschaftliches Forschungsinstitut der Autonomen Nationalen Universität Mexikos (IIJ-UNAM)

Die Hoffnung war groß. Zu seinem Amtsantritt im Dezember 2018 versprach Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador, einen politischen Wandel einzuleiten und die Menschenrechtssituation zu verbessern. In zentralen Bereichen wie Rechtsstaatlichkeit und Sicherheitspolitik brachte die Regierung Reformen auf den Weg. Doch drei Jahre später sind die Ergebnisse eher ernüchternd: Die Menschenrechtssituation in Mexiko ist noch immer katastrophal und die seit Beginn des so genannten Drogenkrieges 2006 stark angestiegene Gewalt hält unvermindert an. Im Schnitt wird in Mexiko alle 15 Minuten ein Mensch ermordet. Laut offiziellen Zahlen gelten über 95.000 Menschen als verschwunden, fast alle davon entfallen auf die Zeit ab 2006. Mehr als 50.000 Tote sind nicht identifiziert. Seit Jahren ist Mexiko für Journalist*innen das gefährlichste Land der Welt. Die Gewalt gegen Menschenrechtsverteidiger*innen und Pressevertreter*innen setzte sich auch während der Corona-Pandemie fort. Ebenso steigen die Fälle häuslicher Gewalt deutlich: Durchschnittlich werden täglich elf Frauen getötet. Migrant*innen auf dem Weg in die USA sind dem organisierten Verbrechen und staatlicher Repression weiterhin schutzlos ausgeliefert. Wirtschaftlich setzt die Regierung López Obrador auf menschenrechtlich fragwürdige Megaprojekte wie den so

genannten Maya-Zug auf der Halbinsel Yucatán. Und transnationale Konzerne nutzen nach wie vor die niedrigen Umweltstandards aus. Entlang der Themen- und Politikfelder Rechtsstaatlichkeit, geschlechtsspezifische Gewalt, Migration und Umweltauswirkungen von Industrieprojekten wollen wir eine Halbzeitbilanz der Regierung López Obrador ziehen. Wie ist die aktuelle Menschenrechtspolitik einzuschätzen? Worin unterscheidet sie sich von jener der Vorgängerregierungen? Welche Fortschritte sind im Bereich Rechtsstaatlichkeit zu verzeichnen? Und welchen Beitrag können wir von Deutschland und Europa aus zu strukturellen Reformen in Mexiko leisten? Über diese und weitere Fragen sprechen wir mit Menschenrechtsverteidiger*innen sowie Expert*innen aus Mexiko und Deutschland.

Sprache Spanisch/Deutsch mit Simultanübersetzung

Anmeldung on.boell.de/mexiko

Information Evelyn Hartig, Heinrich-Böll-Stiftung

E hartig@boell.de **T** +49 (0)30 2 85 34-327

Françoise Greve, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

E info@mexiko-koordination.de

Wir weisen darauf hin, dass die Veranstaltung ggf. in Online- und Offline-Medien live gesendet wird und während der Veranstaltungen Foto-, Ton- und Filmaufnahmen angefertigt werden, die nachfolgend von der Heinrich-Böll-Stiftung oder Dritten einschließlich ihrer Partner veröffentlicht werden können. Unsere AGB finden Sie hier: boell.de/agb

klimaneutral gedruckt auf 100% Recycling

Donnerstag, 31. März 2022, 17.00–20.30 Uhr

17.00 Auftaktveranstaltung
„Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte“
Wo steht Mexiko heute?

Begrüßung:

Evelyn Hartig, Heinrich-Böll-Stiftung

Françoise Greve, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

Nach seinem Amtsantritt im Dezember 2018 brachte Mexikos Präsident Andrés Manuel López Obrador verschiedene Reformprojekte auf den Weg, die zu mehr Rechtsstaatlichkeit im Land beitragen sollten. Die neue Regierung setzte sich zum Ziel, die Polizei zu professionalisieren und die Unabhängigkeit der Justiz zu stärken. Die Vorhaben wurden jedoch kaum umgesetzt. Das emblematische Verschwindenlassen der 43 Studenten von Ayotzinapa machte der Präsident persönlich zur Chefsache und ging auf die Angehörigen zu. Doch die Hintergründe des Verbrechens konnten bis heute nicht aufgeklärt werden, die Täter bleiben strafflos. Gleichzeitig wirkt der Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen nur mangelhaft.

Menschenrechtsorganisationen machen dafür die strukturelle Straflosigkeit und fehlende Umsetzung bestehender Gesetze im Land verantwortlich. Wo steht die mexikanische Regierung heute hinsichtlich ihrer Menschenrechtspolitik und der Stärkung rechtsstaatlicher Prinzipien? Wieso konnte die Gewalt im Land nicht eingedämmt werden? Welche Strategien hat die Regierung zur Überwindung der grassierenden Straflosigkeit entwickelt? Welche Maßnahmen sollte die Regierung dringend ergreifen?

Deutschland und Mexiko arbeiten international eng zusammen. Im Rahmen der technischen Zusammenarbeit unterstützt die Bundesregierung ein Projekt zur Identifizierung von Verschwundenen. Deutsche Parlamentarier*innen und die Beauftragte der ehemaligen Bundesregierung für Menschenrechte haben Mexiko vielfach besucht und sich ein Bild von der Menschenrechtssituation gemacht. Wie kann die neue Bundesregierung notwendige strukturelle Reformen in Mexiko unterstützen? Was bedeutet die angestrebte wertebasierte Außenpolitik der neuen Bundesregierung in Bezug auf Mexiko? Und welche Rolle spielen dabei die Menschenrechte?

Darüber sprechen wir mit:

Ana Lorena Delgadillo, Direktorin der Fundación para la Justicia (FJEDD), Mexiko

Yésica Sánchez Maya, Direktorin des Consorcio para el Diálogo Parlamentario y la Equidad Oaxaca, Mexiko

Dr. Luis Daniel Vázquez Valencia, Rechtswissenschaftliches Forschungsinstitut der Autonomen Nationalen Universität Mexikos (IIJ-UNAM)

Dr. Rainer Huhle, ehemaliges Mitglied des UN-Ausschusses über Gewalttätiges Verschwindenlassen

Frank Schwabe, MdB, angefragt

Moderation:

Dr. Dawid Danilo Bartelt, Heinrich-Böll-Stiftung Mexiko

18.45 Pause

19.00 Panel 1

Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen, Mädchen und LGBTIQ*

Anhaltende Herausforderungen bei der Bekämpfung und Prävention

Morde, sexualisierte Gewalt, Gewalt im häuslichen Umfeld, Diskriminierung, Stigmatisierung, Ausgrenzung und öffentliche Anfeindungen: Geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen, Mädchen und LGBTIQ* ist in Mexiko systematisch, weitverbreitet und alltäglich. Zwischen 2018 und 2020 wurden landesweit über 11.200 Frauen und Mädchen getötet – das sind durchschnittlich elf pro Tag. Mindestens 288 LGBTIQ* fielen im gleichen Zeitraum tödlichen Hassverbrechen zum Opfer. Gegen die Gewalt protestiert die Zivilgesellschaft schon lange, seit 2019 finden immer wieder Großdemonstrationen statt. Zwar gibt es wichtige Instrumente wie zum Beispiel ein landesweites Gesetz zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt. Auch wurde Feminizid als eigenständiger Straftatbestand eingeführt. Doch gelingt es den mexikanischen Behörden nicht, Übergriffe gegen Frauen, Mädchen und LGBTIQ* wirksam zu verhindern.

Wie ist geschlechtsspezifische Gewalt im Kontext der allgemein gestiegenen Gewaltrate der vergangenen drei Jahre zu verorten? Warum gelingt es den Behörden in Mexiko nicht, Frauen, Mädchen und LGBTIQ* wirksam vor Gewalt zu schützen und die Täter zu bestrafen? Welche Maßnahmen sind notwendig, um die ausufernde Gewalt zu beenden und wie kann Deutschland dabei unterstützen?

Darüber diskutieren:

Yésica Sánchez Maya, Direktorin des Consorcio para el Diálogo Parlamentario y la Equidad Oaxaca, Mexiko

Edith Olivares Ferreto, Direktorin von Amnesty International Mexiko

Moderation:

Laura Kühn, peace brigades international, Deutscher Zweig
Johanna Wild, Amnesty International Deutschland

Freitag, 1. April 2022, 16.30–20.45 Uhr

16.30 Begrüßung:

Evelyn Hartig, Heinrich-Böll-Stiftung

Françoise Greve, Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

Panel 2

Migration und Militarisierung

Repression statt Schutz der Migrant*innen

Mexiko ist ein globaler Migrationshotspot. Das nordamerikanische Land ist gleichzeitig Ziel-, Transit- sowie Herkunftsland und einer der gefährlichsten Orte überhaupt für Migrant*innen. Erpressung, Entführung und sexualisierte Gewalt sind an der Tagesordnung. Immer wieder verschwinden Migrant*innen gewaltsam und es kommt zu Massakern. So etwa 2010 in Tamaulipas. Damals wurden 72 Migrant*innen

ermordet und in einem Massengrab verscharrt. Im Januar 2021 wurden in Camargo, ebenfalls im Bundesstaat Tamaulipas, die Leichen von 19 Migrant*innen gefunden. Die Täter sind Akteure der Organisierten Kriminalität, aber auch staatliche Sicherheitskräfte.

Die mexikanische Regierung versagt nicht nur bei der Aufklärung und dem Schutz von Migrant*innen, sie macht sich außerdem zum Erfüllungsgehilfen der US-amerikanischen Abschottungspolitik. Die aktuelle Regierung unter Andrés Manuel López Obrador treibt die Militarisierung der Südgrenze weiter voran. Immer wieder wird Migrant*innen der Zugang zu einem fairen Asylverfahren verweigert.

Wie kann der Kreislauf der Gewalt gegen Migrant*innen durchbrochen und die vorherrschende Straflosigkeit überwunden werden? Wie ist die Migrationspolitik der Regierung Obrador zu bewerten? Welche Rolle spielt die US-Regierung und was kann gegen die zunehmende Militarisierung der Grenzen unternommen werden?

Darüber diskutieren:

Ana Lorena Delgadillo, Direktorin der Fundación para la Justicia (FJEDD), Mexiko
Dr. Ximena Alba, Migrationsforscherin an der Freien Universität Berlin

Moderation:

Christoph Kuhlmann, Brot für die Welt

18.00 Pause

18.15 Panel 3

Wirtschaft & Menschenrechte

Umweltkatastrophe mit transnationalem Kapital am Río Atoyac

Es ist einer der schmutzigsten Flüsse Mexikos: Entlang des Río Atoyac sind in den Bundesstaaten Tlaxcala und Puebla mehr als 20.000 Unternehmen der verarbeitenden Industrie angesiedelt, darunter auch deutsche Firmen wie VW, Bayer oder BASF. Jährlich werden rund 200 Millionen Kubikmeter Abwasser größtenteils ungeklärt in die Flüsse eingeleitet. Mit dramatischen Auswirkungen: Je näher die Menschen an den Industriezentren leben, desto häufiger treten Krankheits- und Todesfälle auf.

Eindeutige Beweise dafür, welche Unternehmen direkt zur Wasser- und Luftverschmutzung in der Region Atoyac/Zuhupán beigetragen haben, gibt es nicht. Doch müssen Unternehmen aufgrund bestehender internationaler Sorgfaltspflichten umfassende Nachhaltigkeits- und Folgeabschätzungen durchführen. Die Umweltgesetzgebung in Mexiko hingegen setzt auf die „individuelle Verantwortung“ der Konzerne.

Welche Möglichkeiten gibt es, die Situation vor Ort zu verbessern? Wo liegen Verantwortlichkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene? Wie geht die aktuelle mexikanische Regierung mit den Problemen um? Können Mechanismen wie das Lieferkettengesetz in Deutschland rechtlich auf die Situation einwirken?

Darüber diskutieren:

Alejandra Méndez, Direktorin des Centro de Derechos Humanos Fray Julián Garcés, Mexiko
Sarah Guhr, German Watch
(Team Unternehmensverantwortung)
Claudia Schmecht, IG Metall Intersoli Wolfsburg

Moderation:

Catharina Köhler, MISEREOR

19.45 Pause

20.00 Abschlusspanel

„Mexiko – quo vadis?“

Erwartungen an die zweite Hälfte der Amtszeit von Andrés Manuel López Obrador

Zivilgesellschaftliche Organisationen müssen auch unter der Regierung López Obrador um ihre Anerkennung kämpfen. Sie haben aber auch gelernt, Spielräume zu nutzen. Welche Chancen und Herausforderungen sehen sie für die zweite Hälfte seiner Amtszeit, sich einzubringen? Welche Tendenzen haben sich in den Diskussionen der Tagung abgezeichnet, wie rechtsstaatliche Strukturen gestärkt werden können?

Wie kann die Bundesregierung einen Beitrag zu notwendigen strukturellen Veränderungen in Mexiko leisten? Welche Erwartungen hat die mexikanische Zivilgesellschaft an die deutsche Regierung?

Darüber sprechen wir mit:

Alejandra Méndez, Direktorin des Centro de Derechos Humanos Fray Julián Garcés, Mexiko
Edith Olivares Ferreto, Direktorin von Amnesty International Mexiko

Moderation:

Françoise Greve,
Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko

20.45 Ende

Referent*innen:

Dr. Ximena Alba ist Post-Doc an der Freien Universität (FU) Berlin. Sie arbeitet in dem Forschungsprojekt Forced Migration and Organized Violence (ForMOVE), das die Verbindungen zwischen organisierter Gewalt und erzwungener Migration global vergleicht. Kürzlich war sie für einen längeren Forschungsaufenthalt an der Süd- und der Nordgrenze Mexikos unterwegs.

Ana Lorena Delgadillo ist Direktorin der mexikanischen Menschenrechtsorganisation Fundación para la Justicia (FJEDD). Als Anwältin begleitet sie zentralamerikanische Angehörige bei der Suche nach in Mexiko verschwundenen Migrant*innen und dem Kampf für Gerechtigkeit. Aufgrund ihres bedingungslosen Einsatzes für Menschenrechte ist Delgadillo mehrfach ins Visier mexikanischer Ermittlungsbehörden geraten.

Sarah Guhr arbeitet bei Germanwatch im Team Unternehmensverantwortung. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit besteht in der Entwicklung eines branchenübergreifenden Beschwerdemechanismus für die Automobilindustrie in Mexiko gemeinsam mit Unternehmen, weiteren deutschen zivilgesellschaftlichen Akteuren und im Austausch mit mexikanischen zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Dr. Rainer Huhle war von 2011 – 2019 Mitglied des UN-Ausschusses über Gewaltsames Verschwindenlassen. Seit 2015 ist er Dozent am Masterprogramm der Universität Erlangen-Nürnberg für Transitional Justice. Zahlreiche teils längerfristige berufliche Aufenthalte in Lateinamerika im Bereich Menschenrechtsschutz.

Alejandra Méndez ist Direktorin des Centro de Derechos Humanos Fray Julián Garcés aus Tlaxcala. Dieses arbeitet in der Flussregion Atoyac/Zuhuapán in den Bundesstaaten Tlaxcala und Puebla zu den Umweltfolgen der Industrietätigkeit. Die betroffenen Anwohner*innen unterstützt das Menschenrechtszentrum seit fast 20 Jahren dabei, die Situation sichtbar zu machen und ihre Rechte auf Gesundheit, eine intakte Umwelt sowie eine nachhaltige Sanierung des Flussbeckens einzuklagen.

Edith Olivares Ferreto ist Direktorin von Amnesty International Mexiko. Sie ist Soziologin und war als Wissenschaftlerin am lateinamerikaweiten Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften (FLACSO) tätig. Als Beraterin für das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und verschiedene staatliche Stellen in Mexiko führte sie zudem Forschungsprojekte und Evaluierungen zu Menschenrechtsfragen und Frauenrechten durch. Geschlechtergerechtigkeit und die Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt gegen Frauen und Mädchen sind ihre Arbeitsschwerpunkte.

Yésica Sánchez Maya ist seit mehr als 20 Jahren als Menschenrechtsverteidigerin aktiv und gehört zum Direktorinnenteam der feministischen Organisation Consorcio para el Diálogo Parlamentario y la Equidad Oaxaca. Darüber hinaus ist sie Mitbegründerin mehrerer Netzwerke für Menschenrechtsverteidigerinnen wie der Iniciativa Mesoamericana de Defensoras de Derechos Humanos und dem Red Nacional de Defensoras de Derechos Humanos en México. Im Jahr 2020 würdigte der deutsch-französische Menschenrechtspreis „Gilberto Bosques“ ihren Einsatz für Frauenrechte.

Claudia Schmecht arbeitet als Fachreferentin in der IT eines Industrieunternehmens. Als Mitglied in der Intersoli-Arbeitsgruppe der IG Metall in Wolfsburg ist sie zuständig für Brasilien.

Frank Schwabe ist seit 2005 Mitglied des Bundestages, im Auswärtigen Ausschuss sowie Mitglied und Obmann im Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Er ist Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und seit 2022 Beauftragter der Bundesregierung für weltweite Religions- und Weltanschauungsfreiheit.

Dr. Luis Daniel Vázquez Valencia forscht am Rechtswissenschaftlichen Forschungsinstitut der Autonomen Nationalen Universität Mexikos (IIJ-UNAM) und arbeitet mit dem lateinamerikaweiten Forschungsinstitut für Sozialwissenschaften (FLACSO-Mexiko) zusammen. Seine Schwerpunkte sind die Zusammenhänge zwischen Gewalt, Korruption, Strafflosigkeit und Menschenrechten sowie die öffentliche Politik unter dem Aspekt der Menschenrechte. Er hat Jura, Politikwissenschaft und politische Soziologie studiert.